

## Die Potenziale des Alters nutzen

HERAUSFORDERUNGEN EINER ALTERNDEN GESELLSCHAFT - POLITISCHE PARTIZIPATION

Ein Meinungsforschungsinstitut führte kürzlich eine Telefonbefragung zum Thema „Strom, Elektrizität“ durch und bat um 15 Minuten Zeit. Nach einigen Eingangsfragen folgte die Frage „wie alt sind Sie“ – und gleich die Antwort: „Dann sind Sie für uns zu alt; wir befragen nur bis 60-Jährige!“ Das heißt, bereits 60-Jährigen traut man heute nicht einmal mehr die Fähigkeiten zu, Interviewpartner bei Meinungsumfragen zu sein, wenn es um Strom, um Elektrizität geht. Als ob bald 25% unserer Bevölkerung keinen Strom mehr verbraucht oder zumindest so unselbstständig ist, dass man über Energie sich keine Meinung bilden oder nicht mehr selbst entscheiden kann. Politische Mitgestaltung????- Fehlanzeige.

Aus unseren Reihen kam der sicher nicht ernst zu nehmende Vorschlag, Rentnern das Wahlrecht zu minimieren (bzw. „Leistungsträgern“ doppelt so viel Stimmen zu geben, - was ja auch hieße, den in der Ausbildung befindlichen das Wahlrecht zu minimieren). Das würde bedeuten, dass heute mehr als 50 % der erwachsenen Bevölkerung kein volles Wahlrecht hätte. Allein die Idee zeigt, dass manche Bürger den Älteren die simpelsten Formen einer politischen Partizipation am liebsten ganz verweigern möchten.

### 1. Die Rolle der älteren Menschen in der Politik

Immerhin, seit gut 20 Jahren haben wir eine Seniorenpolitik, d.h., eine Politik für Senioren, aber nur äußerst begrenzt eine Politik mit Senioren (Seniorenunion); eine Politik von Senioren ist jedoch meistens Fehlanzeige.

Auf europäischer Ebene gehen die Wurzeln einer Seniorenpolitik bis in die 80er Jahre zurück (18.Feb. 1982 Entschliebung, Aufgrund derer ein eigenes geringes Budget für Seniorenpolitik eingerichtet wurde). 1984: Einsetzung einer „Intergroup on Aging“, die seniorenrelevante Aktivitäten in verschiedenen Politikbereichen koordinieren sollte. 24. April 1990: Kommission schafft Grundlage für gemeinschaftliche Aktionen für Senioren. 1991 Einrichtung einer Verbindungsgruppe, die auf Europäischer Ebene Dialog mit den Organisationen führen soll, die die Interessen der Senioren vertreten: 1992 und 1993 ausgerufen zum „Europäischen Jahr der Senioren“. – 2005 wurde ein „Grünbuch Demografischer Wandel“ erarbeitet, 2006 eine Schrift der Kommission „Die demografische Zukunft Europas - Von der Herausforderung zur Chance“; 2007: „Europe's demographic future: Facts and Figures“. Dann stärkere Konzentration auf Kleinkinder auch bei der EU. Mitteilung der Kommission 2007 „Die Solidarität zwischen den Generationen fördern“ ist ein rein familienpolitisches Dokument. Die Lage der älteren Bevölkerung und die Seniorenpolitik im engeren Sinne ist demgegenüber etwas in den Hintergrund getreten.

### Seniorenpolitik auf Bundesebene:

In den ersten Ansätzen begann eine Seniorenpolitik auf Bundesebene zu Beginn der 70er Jahre, als man Otto DAHLEM, der gerade für die Stadt Frankfurt den ersten Altenplan entwickelt hatte, 1972 ins Familienministerium berief und dann ein Referat „ältere Menschen“, dem zunächst auch die Heimgesetzgebung unterstellt war, einrichtete. Von 1972 bis zu seiner Pensionierung 1988 waren jeweils nur insgesamt 4 Mitar-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. DR. H.C. URSULA

LEHR

Juni 2008

www.kas.de

beiter für Altersfragen zuständig. Hier begann man 1975/76 mit den Vorarbeiten zur Pflegeversicherung – die dann 20 Jahre später eingeführt werden konnte; hier beriet man bereits das Gesetz zur Ausbildung der Altenpflege, das ebenso nahezu 20 Jahre bis zum Inkrafttreten brauchte.

1988 war es dann Helmut Kohl, der mich als Seiteneinsteiger ins Kabinett berief und mir den Auftrag gab, die Seniorenarbeit voranzubringen: ich hab den 1. Altenbericht in Auftrag gegeben und das Seniorenministerium vorbereitet. - Jetzt wird am 6. Altenbericht gearbeitet; wir haben seit 1991 ein Seniorenministerium. Wir haben – aufgrund des Altenberichts einen Bundesaltenplan, die Voraussetzung zur Gründung der BAGSO, in der 100 bundesweit wirkende Seniorenverbände vereinigt sind und die 13 Mio. Mitglieder vertritt. Die BAGSO mischt sich ein; macht eine Politik für und mit Senioren.

Heute hat die Abteilung „Ältere Menschen im BMFSFJ“ 56 Mitarbeiter/innen und 7 Referate: Grundsatzangelegenheiten / Demografischer Wandel / Generationsübergreifende Freiwilligendienste, aktives Alter, Partizipation / Allgemeine Rechtsfragen der Altenhilfe, Soziale Sicherung / Heimrecht, Altenpflegegesetz / Gesundheit im Alter, Hilfen bei Demenz / Internationale Angelegenheiten der Altenpolitik.

Hier wird viel FÜR die Seniorinnen und Senioren getan!

Doch mein Thema ist nicht die Geschichte der Seniorenpolitik, einer Politik für Senioren, sondern einer Politik VON Senioren! Wie können Seniorinnen und Senioren aktiv die Politik gestalten, außerhalb von Wahlen (damit beschäftigt sich der nächste Beitrag)?

Doch mit der Beteiligung aktiver älterer Politiker und deren wirklichen Einfluss auf politische Entscheidungen sieht es weniger optimal aus: Bevor ich aber auf „Mythen und Macht der älteren Menschen in politischen Organisationen“, speziell in den Parteiensystemen näher eingehe, einige wenige demografische Fakten. Ist uns überhaupt klar, in welcher Welt wir leben?

## 2. Demografische Fakten:

Vergegenwärtigen wir uns: Wir haben eine zunehmende Langlebigkeit bei besserer Gesundheit und höherer Kompetenz als dies bei früheren Generationen der Fall war. – Heißt das, dass wir jenseits der 60, also knapp die Hälfte unseres Erwachsenenlebens kein Mitgestaltungsrecht oder auch keine Mitgestaltungspflicht haben? Eine Folie zur demografischen Entwicklung sollte wachrütteln: Als Bismarck die Alterssicherung einführt waren die 15-70-Jährigen im Arbeitsleben und hatten durch Steuern und Abgaben für die aufzukommen, die noch nicht im Berufsleben waren und jene, die bereits ausgeschieden waren. Damals waren nur 2 Prozent der Bevölkerung 70 Jahre und älter. Heute steigen wir nicht mit 15, sondern mit 25 ins Berufsleben ein und hören mit 60 auf – und das bei einer Lebenserwartung die nicht wie damals bei durchschnittlich 45 Jahren lag, sondern bei über 80 Jahren!

Damals kamen auf einen 75-Jährigen und älteren insgesamt 79 Jüngere; heute sind es nur 10,8 – und schon morgen, 2015, werden es nur 8,4 sein. Dann haben wir allein so viele 60-75jährige wie unter 20-Jährige! Dann werden auf einen über 75jährigen nur 1,7 bis 20-Jährige und 1,6 60-75-Jährige kommen!

Sie haben heute hier in 10-Minuten-Vorträgen bereits abgehandelt:

- I. die gesellschaftliche Teilhabe Älterer (Bürgerschaftliches Engagement, Potenziale in den Kommunen nutzen)
- II. Die wirtschaftlichen Potenziale Älterer (ältere Arbeitnehmer, Ältere als Konsumenten) und nun zum Schluss geht es
- III. um die Politische Mitgestaltung.

Sicher, als Wähler gestaltet man in begrenztem Rahmen auch mit (doch darüber berichtet im nächsten Beitrag Frau Dr. Neu).

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. DR. H.C. URSULA  
LEHR

Juni 2008

www.kas.de

### 3. Eine Politik mit und von älteren Menschen

Wie weit reicht – über das Wahlverhalten hinaus – die politische Partizipation?

Zunächst einmal muss man feststellen, dass die Datenlage sehr unbefriedigend ist. Eine Differenzierung jenseits der 60-Jährigen ist – zumindest in den zugänglichen Daten der Landes- und Stadtparlamente- kaum vorgenommen worden, schon gar nicht nach Parteien geordnet. Hier sehe ich ein Aufgabenfeld der Konrad-Adenauer-Stiftung, die gleich dazu erheben sollte, in welchen Ausschüssen Ältere tätig werden.

Ich nahm im November letzten Jahres im Auftrag des BMFSFJ an einer Konferenz in León teil, wo es um die Umsetzung des Weltaltplan ging, der 2002 in Madrid verabschiedet wurde. Dort wurde im Hinblick auf die politische Partizipation ausdrücklich festgestellt, man solle die Älteren nicht nur als Wähler sehen, sondern deren Erfahrung und Verantwortungsbereitschaft auch in der aktiven Politik bei Entscheidungsvorgängen nutzen: „Participation is far more than just voting in the election“. Wir brauchen mehr ältere Abgeordnete in den Parlamenten, - nicht nur, damit sie dort die Interessen der Senioren vertreten, sondern wir brauchen ihre Erfahrung, ihr Wissen, ihre speziellen Fähigkeiten in allen Politikfeldern, - von der Außenpolitik, der Wirtschafts- und Finanzpolitik bis hin zur Bildungs- und Forschungspolitik!

Und hier sind gewiss noch nicht alle Partizipationsmöglichkeiten ausgeschöpft.

Wenn man natürlich – wie in der Wirtschaft – die „50 plusser“ schon zur „Silbergeneration“ zählt, dann sind unsere Parlamente „alt“! Ahnten Sie, dass von allen Europaabgeordneten aller EU-Länder bereits 71,8 % zur „Generation 50 plus“ zählen? Von allen Abgeordneten des deutschen Parlaments zählen 54,9% zur „Generation 50 plus“. – Da sieht man einmal den Unfug, im Zusammenhang mit dem Alter von der „Generation 50 plus“ zu sprechen.

Doch wie sieht es mit den über 60-Jährigen aus?

Im Europaparlament sind 33,5 % 60 Jahre und älter (rund 15,2 % sind über 65 Jahre, 5,1 % älter als 70). Von den deutschen Abgeordneten dort waren es (2005) nur 13,6 %, (3,9 % 65 Jahre und älter und 0,6 Prozent über 70).

Nach Parteien aufgeschlüsselt zählen im Europaparlament zur Gruppe der über 60-Jährigen:

- 35,07 % der Abgeordneten der Europäischen Volkspartei (288 Abgeordnete)
- 23,61 % der Abgeordneten der Sozialdemokratischen Fraktion (216 Abgeordnete)
- 35,35 % der Fraktion der Allianz der Liberalen (99 Abgeordnete)
- 11,63 % der Fraktion der Grünen (43 Abgeordnete)
- 27,91 % der Union für das Europa der Nationen (43 Abgeordnete)
- 26,83 % der Vereinigung Europäische Linke (41 Abgeordnete)
- 45,45 % der Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie (22 Abgeordnete)
- 37,35 % Fraktionslose (32 Abgeordnete)

Muss man hier etwas für die Jüngeren tun?

Im Deutschen Bundestag sind die Älteren hingegen unterrepräsentiert.

Schauen wir uns den Deutschen Bundestag an, dann waren zu Beginn der 16. Wahlperiode im Jahr 2005 13,6 % 60 Jahre und älter (gegenüber fast 25 % der Bevölkerung), 3,9 Prozent 65 Jahre und älter und 0,6 Prozent über 70 Jahre.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. DR. H.C. URSULA

LEHR

Juni 2008

www.kas.de

Ein Blick in die Landesparlamente – erhoben im letzten Jahr - zeigt große Unterschiede. Wenn man die Gruppe der über 60-Jährigen erfasst. So stellte Baltus 2002 fest:

“In the federal parliament only 1.6 percent of 666 members were older than 65 at the time elections took place. 0.4 percent was over 70 years old. That is just one person.” In the new legislation -period (since 2005), 613 members of the parliament, 4 persons (2 men, 2 women), were 70 years and older (0.6 %) and 3.9 % were 65 and above (a slight increase from 1.6 % to 3.9 %). In the 16 States Parliaments the percentage of the over 60 year old varies from approximately 3 % in Thüringen to 22 % in Niedersachsen.”

Dabei kommt es nicht (nur) darauf an, dass die Senioren die Interessen ihrer eigenen Generation vertreten, sondern darauf, dass sie in allen Politikfeldern ihre Erfahrung, ihr Wissen, ihre Expertise einbringen. Wir müssen nicht immer wieder „das Rad neu erfinden“, wir müssen es aber an die neuen Wegeverhältnisse anpassen. „Zukunft braucht Erfahrung“ – aber Erfahrung muss ihrerseits auch die Gegebenheiten der gegenwärtigen und zukünftigen Situation erkennen und verarbeiten; Erfahrung braucht Weiterbildung, denn verstaubte Erfahrung nützt wenig. Erfahrung braucht Teilnahme und Mitwirkung am gesamten politischen Geschehen. Ministerpräsident OETTINGER hat in seiner Regierungserklärung 2005 gesagt: „Seniorenpolitik darf nicht nur eine Politik FÜR Senioren sein, sie muss auch als Politik MIT Senioren gestaltet werden. Unsere Gesellschaft kann auf die Kompetenzen, Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Menschen nicht verzichten“.

### **Mythen über die Macht älterer Menschen in politischen Organisationen**

In der CDU hat sich der Anteil der Mitglieder, die 60 Jahre und älter sind, von 29.2 % im Jahr 1990 auf 48 % im Jahr 2007 erhöht; in der SPD im gleichen Zeitraum von 24,6 % auf 46,7 %. Bei den Linksparteien lag 2007 der Anteil der über 60-Jährigen sogar bei 68 %. – Diese Alterung der Parteien „läuft schneller“ als die Alterung der

Gesellschaft: es treten weniger junge Menschen in die Partei ein als alte austreten oder sterben. (Dies trifft ebenso auch für die Gewerkschaften zu).

Versucht man mit Unterorganisationen mögliche Interessenkonflikte zwischen Jung und Alt aufzufangen – oder bedeuten derartige Unterorganisationen nur eine „Spielweise“, die nicht ernst genommen wird?

In der CDU gibt es seit 1988 offiziell (in Baden Württemberg bereits früher) die Senioren-Union“, die SPD hat 1994 die „Arbeitsgemeinschaft 60 plus“ gegründet. In der FDP gibt es seitdem die Liberale Senioren-Initiative, und Bündnis 90/ die Grünen haben im Jahr 2004 die „Grünen Alten“ gegründet. „Diese Suborganisationen umfassen in jeder Partei die jeweils größte Mitgliedergruppe, trotzdem bekommen sie nur wenig öffentliche Aufmerksamkeit und haben wenig innerparteiliche Relevanz. Von den Unterorganisationen können ältere Menschen gezielt angesprochen und eingebunden werden; gleichzeitig scheint auf diese Weise ihr Einfluss in der Gesamtpartei kanalisiert und begrenzt zu werden“ (ein Grund, weswegen viele „gestandene“ Politiker eine Mitgliedschaft in diesen Gruppierungen weit von sich weisen).

Zur Wahlbeteiligung: bei der Bundestagswahl 2005 waren 49,7 % der Wahlberechtigten 49,7 Jahre und älter. Die Wahlbeteiligung der Älteren ist traditionell höher als die der Jüngeren (Gesamtgruppe 77,7 %; 60-70j. 85% der 60-70-Jährigen gingen zur Wahl. Von den 18-25-Jährigen wählten 26,4 % die Union, aber 43,3 % bei den über 60-Jährigen.

Doch hier wirkt sich nicht das Lebensalter aus, sondern die Sozialisationsprozesse.

Die Adenauer-Generation, die während der Kanzlerschaft von Konrad Adenauer (1949-1963) das Wahlalter erreicht hat, stellt im Jahr 2008 die Gruppe der 65-80-Jährigen. Das sind lebenslange treue CDU-Wähler. Die Altersgruppe, die Ende der 60er, Anfang der 70er zum ersten Mal zur Wahl ging, wird als „Willy-Brand-Generation“ bezeichnet; diese Altersgruppe wählt heute in höherem Maße

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. DR. H.C. URSULA  
LEHR

Juni 2008

www.kas.de

die SPD als andere. Wie sieht es aus mit der „Helmut Kohl- Generation“??? (die 1964-1980 Geborenen, heute 28-44-Jährigen, waren in der Kohl'schen Zeit Erstwähler)

#### 4. Seniorenvertretungen, Seniorenräte, Seniorenbeiräte

Politische Partizipation: Zu erwähnen wären noch Seniorenvertretungen; „sie sind Bindeglieder zwischen Politik und Gesellschaft.

„Seniorenvertretungen“ als Instrument politischer Beteiligung älterer Menschen gehen bis auf das Jahr 1970 zurück. 1986 gab es deutschlandweit 147 Seniorenvertretungen, 1996 bereits 735 und heute 1200-1500!. Arbeitsschwerpunkte, Rahmenbedingungen, Mittelausstattung und Einflusschancen sind sehr unterschiedlich, zumal die Kommunen nicht verpflichtet sind, Seniorenvertretungen einzurichten. Viele Seniorenvertretungen kämpfen heute noch in den Kommunen um die Erweiterung von Mitwirkungsmöglichkeiten, etwa durch Anhörungs- und Rederechte in politischen Gremien (Bauausschüsse!), um Mitwirkungsmöglichkeiten auf Stadtteilebene. Vielfach ist eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Seniorenvertretungen durch Förderung, Vernetzung und Qualifizierung und rechtliche Ausgestaltung der Beteiligungsform in den Kommunen (demokratischer Wahlmodus u. a.) nötig.

Heute sind bereits Zehntausende von Seniorinnen und Senioren in mehr als 1200 Seniorenvertretungen in ganz Deutschland aktiv – auf kommunaler Ebene und auf Länderebene. Ihre Arbeit im vorparlamentarischen Raum ist eine wichtige Form bürgerschaftlichen Engagements“ (Ursula v.d. LEYEN, 2008). So gibt es seit 2004 eine „Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen e.V.“ (BAG LSV e.V.) in der die 16 Landesseniorenvertretungen mit ihren kommunalen Vertretungen (auch „Seniorenbeirat“ und „Seniorenrat“) vereint sind, in die die 1986 gegründete BSV (Bundesseiniorenvertretung) mit einging. Ziel ist „den Einfluss älterer Menschen auf politische Entscheidungen, die ihre Lebenssituation betreffen, geltend zu machen“. Sie vertreten – wie der Name sagt – vorwiegend die

Interessen der Seniorinnen und Senioren, mischen sich ein in für die Senioren politisch relevante Zusammenhänge. Die Unabhängigkeit von Regierungen, Parteien, Verbänden, Konfessionen und anderen Institutionen wird betont.

Allerdings sei hier schon festgestellt: Vieles, was „seniorenpolitisch relevant“ ist – zum Beispiel im Hinblick auf die Stadtentwicklung, das Verkehrssystem, Architektur und Wohnungsbau, die Produktgestaltung – kommt allen Bürgern aller Altersstufen zugute. „Seniorengerecht“ ist „menschengerecht“. Ein Design, das „seniorengerecht“ ist, schließt Jüngere nicht aus, während ein Design, das für Jüngere entwickelt wird, oft Senioren ausschließt; wir brauchen ein „design for all“!

So stellt in der eben erschienenen Broschüre „Seniorenvertretungen – politische Partizipation älterer Menschen in Bund, Land und Kommune“ (2008) die Bundesvorsitzende der BAG LSV e.V., Helga WALTER sehr richtig fest: kommunale Seniorenvertretungen „wirken auf kommunaler Ebene an der Verbesserung der Lebensqualität für alle Generationen mit.“

#### 5. Potenziale: einige Anmerkungen

„Die Potenziale des Alters nutzen“

(aber nicht ausnutzen)

so der Titel dieser Tagung. Natürlich sind Potenziale in sehr unterschiedlichen Bereichen und in sehr unterschiedlicher Art bei älteren Menschen – wenn auch nicht (mehr) bei allen – vorhanden.

Die Potenziale des Alters liegen einmal im Expertenwissen, in lang trainierten Fähigkeiten, in den dadurch gegebenen Möglichkeiten eines größeren Überblicks, eines Entscheidungstreffens unter Einbeziehung aller gegebenen möglichen Einflussfaktoren. Ältere Politiker haben nun einmal mehr Geschichte erlebt, bewusst miterlebt, was nun ihr Handeln mitbestimmt. Sonst hätten wir z.B. heute nicht das „gemeinsame Haus Europa“ (Helmut Kohl). Ältere haben im Vergleich zu Jüngeren eine größere „soziale

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. DR. H.C. URSULA

LEHR

Juni 2008

www.kas.de

Kompetenz“, d.h., sie wissen eher, wie Herr X und Frau Y auf diese Situation reagieren, sie wissen, wen man als Mittler einschalten kann und bei wem man überhaupt nichts erreichen kann. Ältere verfügen meistens über ein zuverlässiges, ausgeprägteres langandauerndes Netzwerk. Hier haben ältere politisch Aktive den Jüngeren gewiss viel voraus. Nur, ob die Entscheidungsträger in den Parteien das zu würdigen wissen?? Sicher, wir brauchen auch den vielleicht stärkeren Veränderungswillen der Jüngeren, ihre vielleicht größere Dynamik, ihre gewisse – und in manchen Situationen sogar hilfreiche – Unbekümmertheit, aber die Politik lebt vom Rat der Erfahrenen, die selbst „nichts mehr werden wollen“, die selbst es nicht mehr nötig haben, „sich zu profilieren“ (es sei denn bei Anne Will). Wir brauchen alle Generationen in den Entscheidungsgremien der Politik; nicht nur Alt und Jung, sondern auch die Mittelalten!

Natürlich versuchen wir auf allen Ebenen, Potenziale zu nutzen, zu bürgerschaftlichem Engagement aufzurufen, zu motivieren – zum Wohle des Tätigen wie auch zum Wohle der Gesellschaft. Doch ehrenamtliche Tätigkeit sollte für die Gesellschaft Ergänzungsleistung sein und nicht Ersatzleistung. Es darf nicht so weit kommen, dass einer für eine ordentliche bezahlte Berufstätigkeit „zu alt“ ist, aus dem Berufsleben herauskaputtliert wird, und dann für die gleiche Tätigkeit auf ehrenamtlicher Basis (d.h. ohne Vergütung) gefordert wird.

#### **Potenziale des Alters:**

Die Anzahl der Jahre allein - ein fragwürdiges Kriterium

Wenn wir von den „Potenzialen des Alters“ reden, sollten wir differenzieren.

Freilich, ein langes Leben konfrontiert mit vielen Lebenssituationen, die es zu meistern gilt; manche Gleichaltrige sind mehr, manche weniger durch spezifische Lebensaufgaben herausgefordert worden. Doch es kommt darauf an, schon von Jugend an Auseinandersetzungsformen mit Lebensaufgaben, mit Herausforderungen zu entwickeln, die zur Lösung beitragen. Es gilt, sich

zunächst der Aufgabe zu stellen, die Herausforderung zu akzeptieren, sie nicht zu verdrängen, und sie dann aktiv zu meistern zu versuchen.

Es kommt also nicht nur auf die Lebenserfahrung an, sondern auf die Art der inneren Verarbeitung dieser Erfahrungen. Und nicht jeder Mensch hat die Erfahrungen, die er im Laufe seines Lebens gesammelt hat, integriert, verarbeitet, verinnerlicht. Und nicht jeder Mensch ist in der Lage, aus den gewonnenen Erfahrungen Konsequenzen für ein weiteres Handeln abzuleiten. Und nicht jeder ist in der Lage, die gezogenen Konsequenzen überzeugend an andere zu vermitteln.

Nicht bei jedem Älteren finden wir die sogenannte „Weisheit“, finden wir Güte, Abgeklärtheit und Gefasstheit als Anzeichen für das Maß des Offenbleibens für neue Entwicklungen, auch noch im höheren Alter.

Das heute viel gepriesene Erfahrungswissen ist nur dann von Bedeutung für die Gesellschaft und auch für das Individuum selbst, wenn ein „Offenbleiben für neue Entwicklungen“ gegeben ist. Auf verstaubte Erfahrungen kann man verzichten!

So scheint es mir geboten, noch einmal auf die Notwendigkeit der Beachtung interindividueller Unterschiede hinzuweisen. Genau so wenig, wie wir die Anzahl der Lebensjahre für etwaige Verluste alleine verantwortlich machen dürfen, dürfen wir die Anzahl der Jahre alleine für etwaige Gewinne verantwortlich machen.

Die „Zunahme an Weisheit und Verstand“ ist nun einmal nicht von vorne herein bei jedem Älterwerden gegeben. Nicht jeder ältere Mensch hatte von vorne herein die Chance, im Laufe seines Lebens Situationen – angenehmen oder auch unangenehmen – ausgesetzt zu sein, Lebenserfahrungen zu sammeln und so über ein Lebenswissen zu verfügen, das für andere Menschen und die Gesellschaft von Bedeutung ist.

Nicht jeder hat die Fähigkeit,

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. DR. H.C. URSULA

LEHR

Juni 2008

www.kas.de

- Kompromisse zwischen dem Erwarteten und dem Erreichten zu schließen;
- Wesentliches vom Unwesentlichen zu unterscheiden;
- zurückliegende Ereignisse und Erfahrungen zu integrieren, in eine umfassende Ordnung zu stellen und evtl. neu zu bewerten;
- sich mit der Begrenzung seiner Lebenszeit auseinander zu setzen, die Endlichkeit seiner Existenz hinzunehmen und die verbleibenden Möglichkeiten zu nutzen;
- zu einem begrenzten, realistischen aber erfüllten Zukunftsbezug;
- körperliche Einschränkungen zu akzeptieren und vielleicht zu kompensieren;
- die Bedeutung äußerer Güter und Äußerlichkeiten (körperliche Attraktivität) hinten an zu stellen;
- sein Erfahrungswissen anderen zu vermitteln.

Wir haben es bei den spezifischen Potenzialen, beim Erfahrungswissen mit einer großen möglichen Bandbreite zu tun: von der Kunst und dem Wissen der Urgroßmutter, wie man einen Hefeteig ansetzt, so dass der Kuchen schön locker wird – oder den besonderen Fähigkeiten und der Erfahrung der Ur-Großmutter, wie man Wachsflücke vom Anzug entfernt – bis hin zu den ganz spezifischen Potenzialen, dem Erfahrungswissen des trainierten Bergsteigers, der das aufziehende Gewitter „riecht“, ehe etwas zu bemerken ist.

Schließlich war es die Kriegs- und Fronterfahrung von Staatsmännern, die – geleitet von dem brennenden Wunsch „Nie wieder Krieg!- Nie wieder Diktatur!“ - vor gut 50 Jahren (am 25.3.1957) zum Abschluss der „Römischen Verträge“ führte, und damit den Grundstein für ein Vereintes Europa legte.

Von daher die Forderung, die möglichen Potenziale und das Erfahrungswissen sehr differenziert zu sehen – aber vor allem die Forderung, ältere erfahrene Menschen nicht aus der aktiven Politik auszuschließen:

#### 6. Forderung:

Politiker aller Generationen sollten eine Politik für und mit allen Generationen in allen Politikbereichen gestalten

Es gilt, unsere Gesellschaft zu gestalten mit der jüngeren, der mittleren und der älteren Generation! – Wir sollten Generationenkonflikte nicht weiter schüren. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Jüngere, Mittelalterliche und Ältere sollten gemeinsam Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen. Wir brauchen den Dialog zwischen den Generationen und nicht einen Macht- und Verteilungskampf. Wir brauchen gemeinsames Tun, nicht gegenseitige Vorwürfe und Beschimpfungen; wir brauchen gegenseitiges Verständnis. Wir brauchen die Möglichkeit, dass Junge von den Alten lernen, aber auch, dass Alte von den Jungen lernen.

Jeder, der alt ist, war einmal jung. Die Jungen wollen alt werden (wenn auch oft nicht alt sein). Das heißt: Alt und Jung sind auch die Jugend von gestern und die Senioren von morgen. Allein daraus sollte sich schon selbstverständlich eine Solidarität der Generationen ergeben. Nur in einem gemeinsamen Miteinander werden wir es schaffen, die Probleme unserer Gesellschaft zu lösen.